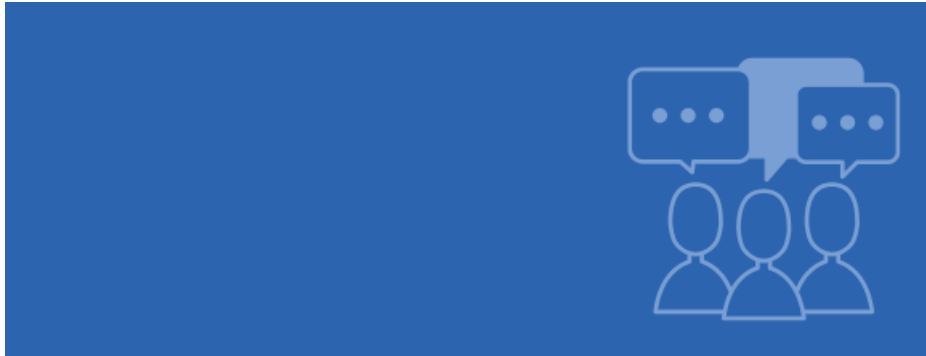


Newsletter des Deutschen Behindertenrats 03/2026



Liebe Leser*innen,

"Menschenrechte sind nicht verhandelbar" - das war das Motto des diesjährigen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai. Teilhabe ist so ein Menschenrecht, das war die klare Botschaft des Protesttags, an dem deutschlandweit Demos und Protestaktionen stattgefunden haben.

Ein wichtiger Grundsatz, wenn es um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen geht, ist "Nichts über uns ohne uns". Zu diesem Grundsatz ist im Mai ein Meilenstein erreicht worden. Joachim Busch von der Bundesvereinigung Lebenshilfe ist in den Vorstand des European Disability Forums (EDF) gewählt worden. Er ist der erste Selbstvertreter in diesem Gremium.

Über 30 Jahre Erfahrung in der Selbstvertretung hat Joachim Busch mitgebracht: vom Werkstatttrat bis in den Vorstand des EDF. Der DBR hatte ihn für dieses Amt nominiert und gratuliert herzlich.



*V.l.n.r.: Michaela Engelmeier (Sprecher*innenratsvorsitzende des DBR), Klaus Lachwitz (Bundesvereinigung Lebenshilfe), Joachim Busch (Mitglied im Rat behinderter Menschen der Lebenshilfe und Mitglied im Inklusionsbeirat)*

Auf der EDF-Generalversammlung wurde zudem auf Initiative des DBR eine Resolution angepasst und einstimmig verabschiedet. Sie zielt darauf ab, unterstützte Entscheidungsfindung für Menschen mit kognitiven Einschränkungen ausdrücklich zu verankern und damit die UN-BRK konsequenter umzusetzen. DBR-Sprecher*innenratsvorsitzende Michaela Engelmeier brachte diese Position mit Nachdruck ein.

Zwei Schritte in die richtige Richtung auf europäischer Ebene, die zeigen, dass der Grundsatz "Nichts über uns ohne uns" keine leere Formel ist.

Herzlichst,
Ihr Team des Deutschen Behindertenrates

Neues aus der Arbeit des DBR

DBR kommt zur Sitzung des Arbeitsausschusses zusammen

Am 22. April fand die zweite Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses in diesem Jahr statt. In der Sitzung befassten sich die Teilnehmenden mit einer Reihe nationaler und internationaler Themen. Im Mittelpunkt standen die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe, der Entwurf eines ersten Gesetzes zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe, die Umsetzung der Triage-Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts und die jährliche Generalversammlung des European Disability Forums.

Im Rahmen des politischen Austauschs zum Kabinettsentwurf zur Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) begrüßte der DBR zudem Dr.in Britta Schlegel, Co-Leiterin der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte.

Arbeitsausschuss erarbeitet Positionspapier zu Triage

Der DBR-Arbeitsausschuss hat ein [Positionspapier zur Umsetzung der Triage-Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts abgestimmt](#). Nach der Entscheidung des Gerichts im vergangenen Jahr sind die Bundesländer gefordert, bundeseinheitliche Regelungen zu treffen, die sicherstellen, dass in Krisenzeiten mit knappen intensivmedizinischen Ressourcen niemand wegen Behinderung, Alter oder anderer Diskriminierungsmerkmale bei der Zuteilung dieser Ressourcen benachteiligt wird.

Aus Sicht des Deutschen Behindertenrats (DBR) sind dabei sowohl Regelungen zur Verhinderung einer Triage als ethisch und moralisch höchst problematische Dilemmasituation zu treffen als auch „Leitplanken“ für diskriminierungsfreie Entscheidungen in nicht mehr zu verhindernden Triagesituationen zu setzen.

Dabei muss unbedingt sichergestellt sein, dass Menschen mit Behinderungen bei der Ausarbeitung dieser Regelungen miteingebunden sind und partizipieren dürfen. "Die im Deutschen Behindertenrat zusammenarbeitenden Verbände sind dabei auf Augenhöhe und mindestens im gleichen Umfang wie medizinische Fachgesellschaften einzubeziehen", heißt es dazu im Positionspapier.

DBR-Vertreter*innen nehmen an Demo zum Protesttag teil

Am 5. Mai fand der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen statt. Auch Vertreter*innen des Deutschen Behindertenrats haben an der Demo in Berlin teilgenommen.

Im Vorhinein hat der DBR auch [eine Pressemitteilung zum Protesttag veröffentlicht](#). Darin sagte DBR-Sprecher*innenratsvorsitzende Michaela Engelmeier: "Dass wir auch 2026 noch demonstrieren müssen, zeigt, wie groß die Lücken bei Inklusion und Teilhabe weiterhin sind."

Nicht nur, dass wir im Bereich Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nicht gut vorankommen. Viele Menschen mit Behinderungen befürchten inzwischen sogar Rückschritte."

Die aktuellen politischen Entwicklungen lösen bei vielen Sorgen aus. Etwa dadurch, dass der Entwurf für die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) so deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibt oder durch mögliche Einschnitten bei Sozialleistungen, insbesondere der Eingliederungshilfe. Es wächst die Sorge, dass zentrale Fortschritte der vergangenen Jahre infrage gestellt werden könnten.

Der 5. Mai bleibe ein Tag des Protests und ein Tag der Mahnung.



DBR kommentiert Referentenentwurf zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe

Der Deutsche Behindertenrat (DBR) begrüßt die Bestrebungen der Bundesregierung zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) grundsätzlich. Allerdings gibt es deutlichen Nachbesserungsbedarf - dazu hat der [DBR eine Pressemitteilung veröffentlicht](#).

"Es ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt, dass das Jugendamt künftig für alle Kinder und Jugendlichen die zentrale Anlaufstelle und damit auch für die Eingliederungshilfe für alle Kinder und Jugendliche zuständig wird", sagt Michaela Engelmeier darin. Aber: "Inklusion darf nicht zur Sparmaßnahme werden. Wenn individuelle Unterstützungsbedarfe pauschalisiert oder zusammengelegt werden, besteht die reale Gefahr, dass die tatsächlichen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen nicht mehr ausreichend berücksichtigt werden."

Der DBR fordert einen Dialog auf Augenhöhe und eine grundlegende Überarbeitung des Referentenentwurfs eines Ersten Gesetzes zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe unter Berücksichtigung der Einwände der Fachverbände. Ziel müsse ein inklusives SGB VIII sein, das individuelle Rechtsansprüche stärkt, Teilhabe konsequent sichert und den Bedarfen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen tatsächlich gerecht wird.

Gespräch mit Heike Heubach

Am 21. Mai 2026 hatte der Deutsche Behindertenrat (DBR) eine intensive Diskussion mit der behindertenpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Heike Heubach, MdB. Sie äußerte ebenso wie der DBR scharfe Kritik am Entwurf des BGG, und auch mit Blick auf die

Eingliederungshilfe bestand unter den Gesprächsteilnehmenden Einigkeit, dass hier die Interessen von Menschen mit Behinderungen stark angegriffen werden.

Heike Heubach gab zu verstehen, dass sie in intensiven Gesprächen mit Abgeordneten stehe, um noch Verbesserungen zu erreichen.



Hintere Reihe v.l.n.r.: Melanie Tietze-Ihle (VdK); Rolf Flathmann (DBR); Michaela Engelmeier (Sprecher*innenratsvorsitzende des DBR); Heike Heubach (MdB, behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion); Anke Brauweiler (DBR-Sekretariat)
Vordere Reihe v.l.n.r.: Prof.in Sigrid Arnade (DBR); Anieke Fimmen (Koordinatorin DBR)

DBR äußert sich zum Regierungsentwurf zur Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes

Am 7. Mai 2026 fand im Bundestag die erste Lesung zur Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) statt. Der Deutsche Behindertenrat sieht am Regierungsentwurf erhebliche Defizite - dazu hat das [Aktionsbündnis eine Pressemitteilung veröffentlicht](#).

„Die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes ist eine zentrale Chance für mehr Teilhabe und Barrierefreiheit in Deutschland. Diese Chance darf nicht durch unzureichende Regelungen verspielt werden“, erklärt Michaela Engelmeier, Sprecher*innenratsvorsitzende des Deutschen Behindertenrates, darin. „Wir erwarten ein Gesetz, das die Rechte von Menschen mit Behinderungen wirksam stärkt – und nicht durch neue Hürden einschränkt.“

Nachholbedarf gibt es aus Sicht des DBR vor allem bei:

- den sogenannten "angemessenen Vorkehrungen". Diese dürfen nicht pauschal als unverhältnismäßig gelten.
- der Beweislasterleichterung. Die müsse wieder ins Gesetz aufgenommen werden.
- der Einschränkung des Rechtsschutzes. Betroffene hätten mit dem aktuellen Entwurf

nur Anspruch auf eine Feststellungsklage. Das ist nach Auffassung des DBR folgenlos und nicht ausreichend.

- der Frist für Barrierefreiheit in Bundesbehörden. Die läuft aktuell bis 2045. Menschen mit Behinderungen müssten so noch zwei Jahrzehnte auf selbstverständliche Zugänglichkeit warten.

Der Deutsche Behindertenrat appelliert an Bundestag und Bundesregierung, den Gesetzentwurf im weiteren parlamentarischen Verfahren grundlegend zu verbessern.

Vertreter*innen des DBR nehmen am Dialogprozess Eingliederungshilfe teil

Am 27. Mai 2026 haben Vertreter*innen des Deutschen Behindertenrats am Dialogprozess zur Eingliederungshilfe teilgenommen. Dabei sind sie und viele andere Verbände erneut gegen Kürzungen bei der Eingliederungshilfe eingetreten.

Bei einem Termin im Februar waren die Verbände bereits zum Stand des Dialogprozesses informiert worden. Nun konnten sie sich auch selbst und in Präsenz an den Diskussionen beteiligen.

Auch einige Mitgliedsverbände des DBR waren dabei. Sowohl der Sozialverband VdK e.V. als auch die Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. stellen fest, dass die Sorgen um Leistungskürzungen nicht ausgeräumt werden konnten. Unklar sei auch, wie die Vorschläge aus dem Dialogprozess mit den Beratungen im Kanzleramt zusammengeführt werden sollen.



Veröffentlichungen

- **Pressemitteilungen und Stellungnahmen zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe (1. KJHSRG)**
 - **Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)** – Die AGJ hat ebenfalls eine Stellungnahme zu den im Bundeskanzleramt verhandelten Kürzungsplänen an der Kinder- und Jugendhilfe sowie Eingliederungshilfe veröffentlicht. [Diese ist hier abrufbar.](#)
 - **Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW)**: Die BAG FW hat zum Referent*innenentwurf „Erstes Kinder- und Jugendhilfestrukturentwurfsgesetz (1. KJHSRG) eine Stellungnahme veröffentlicht. Der Entwurf verschiebe Verantwortung in Strukturen, deren

Standards und Leistungsfähigkeit rechtlich vorausgesetzt, tatsächlich aber weder personell, qualitativ noch finanziell sichergestellt werden. Die Aufweichung von individuellen Rechtsansprüchen aus Gründen der Kostensenkung stehe zudem im Widerspruch zum politischen Anspruch, Inklusion zu erreichen. Die ganze [Stellungnahme der BAG FW ist hier einsehbar](#).

- **Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV):** Zur Reform der Kinder- und Jugendhilfe hat der DBSV eine Pressemitteilung mit dem Titel „Frontalangriff auf die Rechte behinderter Kinder und Jugendlicher“ veröffentlicht. Die Pressemitteilung [ist hier abrufbar](#).
 - **Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL):** Auch die ISL hat sich dazu geäußert. Gemeinsam mit den Organisationen jumemb und bbe e.V. hat die ISL eine aktuelle Stellungnahme veröffentlicht. [Sie kann hier abgerufen werden](#).
- **Pressemitteilungen und Stellungnahmen zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen**
- **Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV):** Unter dem Titel „Teilhabe ist kein Luxus“ hat der DBSV ein Statement zum Protesttag veröffentlicht. [Es ist hier abrufbar](#).
 - **Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL):** In ihrer Pressemitteilung schreibt die ISL, dass am Protesttag 6000 Menschen in Berlin für Inklusion auf der Straße waren. Vom Brandenburger Tor sei der Demonstrationszug zum Roten Rathaus gezogen, so dass die Straße Unter den Linden im abendlichen Berufsverkehr lahmgelegt worden sei. Brennende Themen seien das nicht ausreichende Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) und die drohenden drastischen Kürzungen im Sozialstaat gewesen. Die ganze [Pressemitteilung ist hier abrufbar](#).
 - **Liga Selbstvertretung:** Die Liga Selbstvertretung schreibt: Behinderte Menschen fordern eindeutige Regelungen zur Barrierefreiheit. Die [Pressemitteilung ist hier einzusehen](#).
 - **Der Paritätische Gesamtverband:** Unter dem Motto "Teilhabe ist Menschenrecht" hat auch der Paritätische Gesamtverband eine Pressemitteilung zum Protesttag veröffentlicht. [Sie ist hier abrufbar](#).
 - **PRO RETINA Deutschland e.V. :** PRO RETINA schreibt zum Europäischen Protesttag: „Nichts über uns ohne uns“ – unter diesem Motto steht der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Die Patientenselbsthilfeorganisation fordert, dass Menschen mit Sehbeeinträchtigung in alle Entscheidungen und Prozesse einbezogen werden. Nur wenn das geschieht, können Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen realisiert werden. Die [Pressemitteilung steht hier online](#).
 - **Sozialverband VdK Deutschland e. V. (VdK):** Der VdK warnt zum Protesttag vor Kürzungen bei Teilhabeleistungen. Die [Pressemitteilung ist hier abrufbar](#).
- **Pressemitteilungen und Stellungnahmen zum Verordnungsentwurf zur Änderung des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes (BFSGV)**
- **BAG SELBSTHILFE:** Die BAG SELBSTHILFE hat eine Stellungnahme zum aktuellen Stand des Verordnungsentwurfes des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes (BFSGV) veröffentlicht. [Sie kann hier eingesehen werden](#).
 - **Deutscher Gehörlosenbund (DGB):** Auch der DGB hat eine Stellungnahme veröffentlicht. [Sie ist hier zu finden](#).
 - **Deutscher Schwerhörigenbund (DSB) / Deutscher Hörverband (DHV) /**

Deutsche cochlea Implantat Gesellschaft e.V. (DCIG): Die gemeinsame Stellungnahme von DSB, DHV und DCIG [ist hier abrufbar](#).

- **Pressemitteilungen und Stellungnahmen zu geplanten Kürzungen in der Eingliederungshilfe**
 - **Positionspapier der Beauftragten der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen:** Claudia Middendorf hat sich gemeinsam mit den Beauftragten für Menschen mit Behinderungen von Bund und Ländern zum öffentlich gewordenen internen Arbeitspapier aus dem Kanzleramt mit Kürzungsvorschlägen unter anderem im Bereich der Eingliederungshilfe klar positioniert. Das [Positionspapier sowie die Bewertung der einzelnen Kürzungsvorschläge sind hier einsehbar](#).
 - **Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.:** Zu geplanten Kürzungen in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen hat die Lebenshilfe mehrere Pressemitteilungen veröffentlicht. Darin kommentiert sie die jüngst bekannt gewordenen Pläne aus dem Kanzleramt kritisch. Die Mitteilungen können [hier](#) und [hier](#) abgerufen werden.
 - **Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK):** Mit den Worten „Menschenrechte sind kein Sparposten! Hände weg von der Eingliederungshilfe“ wendet sich der BSK entschieden gegen Angriffe gegen die Eingliederungshilfe durch Bundesregierung, Länder und Kommunen. Dazu hat der Verband auch eine Unterschriftenaktion gestartet. [Das Statement und Infos zur Aktion sind hier abrufbar](#).
- **Pressemitteilungen und Stellungnahmen zur Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)**
 - Die **Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung** Ferda Ataman kritisiert den AGG-Reformvorschlag der Bundesregierung als „unzureichend“ und „ambitionslos“. Statt ein starkes Zeichen für Chancengerechtigkeit zu setzen, verpasse die Bundesregierung die Chance, Betroffene wirksam zu schützen und den Wirtschaftsstandort Deutschland für Fachkräfte attraktiver zu gestalten. Die ausführliche [Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung ist hier abrufbar](#).
 - **Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV):** Auch der DBSV hat eine Stellungnahme zur Änderung des AGG veröffentlicht. Sie [ist hier abrufbar](#).
 - **Weibernetz e.V.:** „Mini-Reform statt weitreichendem Diskriminierungsschutz“, schreibt der Verein Weibernetz in seiner Stellungnahme. Sie [ist hier zu finden](#).
- **Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ):** Zum Thema „Digitale Räume demokratisch gestalten und Plattformen regulieren – nicht nur für junge Menschen!“ hat die AGJ ein aktuelles Positionspapier veröffentlicht, das [hier abrufbar ist](#).
- **Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm):**
 - Pressemitteilung zur bvkm-Fachtagung zum Muttertag: „Starke Frauen – starke Stimmen“ – unter diesem Motto fand die diesjährige Fachtagung des bvkm anlässlich des Muttertages statt. Über 100 pflegende Mütter tauschen sich dabei zum Thema „Arbeit, Familie, Pflege, Ich – Vereinbarkeit im Alltag“ aus. Die Pressemitteilung dazu [ist hier abrufbar](#).
 - Auch zum Thema unterstützte Kommunikation hat der bvkm eine Pressemitteilung. Sie beschäftigt sich im Nachgang des 30. Jubiläums des Jahrestreffens „Unterstützt Kommunizierende Personen“ (UK) mit den daraus entstehenden Forderungen nach Teilhabe. Die gesamte Pressemitteilung ist [hier einzusehen](#).

- Zum Thema "Kostenfalle Inkontinenzversorgung" ist ein neuer Rechtsratgeber beim bvkm erschienen. Er ist [hier abrufbar](#).
- **Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V.:** Zum Thema "Inklusive Versorgung im Leben mit und nach Krebs" ist ein partizipatives Projekt der Deutschen Krebsgesellschaft (DKG) und der Lebenshilfe gestartet. Die Pressemitteilung dazu [ist hier einsehbar](#).
- **Conterganstiftung:** Die Conterganstiftung trauert um Margit Hudelmaier, die sich als langjährige Vorständin jahrzehntelang für die Rechte von Menschen mit Conterganschädigung engagierte. Die Pressemitteilung dazu [ist hier abrufbar](#).
- **Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV):**
 - Zum European Digital Identity Wallet (digitale Brieftasche) hat der DBSV eine Stellungnahme veröffentlicht. Sie befasst sich mit der aktuellen Situation beim Referentenentwurf für ein Digitale-Identitäten-Gesetz. Die [Stellungnahme ist hier abrufbar](#).
 - "Kann Diskriminierung im Gesundheitswesen endlich geahndet werden?", fragt der DBSV in einer Pressemitteilung zu einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs. Tagtäglich und überall erleben behinderte Menschen, dass sie wegen ihrer Behinderung benachteiligt werden. Häufig haben sie dann keine gesetzliche Handhabe, selbst wenn die Diskriminierung unstrittig ist. Das gilt insbesondere für den Bereich des Gesundheitswesens. Die [Pressemitteilung ist hier zu finden](#).
- **Deutscher Gehörlosenbund (DGB):** Zum Referentenentwurf des GeDIG hat der DGB eine Stellungnahme formuliert. Sie [ist hier abrufbar](#).
- **Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR):** "Die AfD - eine Gefahr für Menschen mit Behinderungen" Dazu hat das Deutsche Institut für Menschenrechte eine Analyse veröffentlicht. Die aktuelle Analyse sowie weitere Hintergrundinformationen [finden sich hier](#).
- **European Disability Forum (EDF):** Das EDF hat eine überarbeitete Strategie für Menschen mit Behinderungen der Europäischen Kommission veröffentlicht. Die Strategie [ist hier einsehbar](#).
- **Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e.V. (ISL):** Zum geplanten Beitragsstabilisierungsgesetz hat der ISL eine Stellungnahme zum Referentenentwurf an das Bundesgesundheitsministerium übermittelt. Die Kritik fällt deutlich aus. Schon das Verfahren mit der kurzen Rückmeldefrist für die Verbände wird beanstandet. Inhaltlich sieht die ISL mehrere Regelungen als nicht mit der UN-BRK vereinbar. Die gesamte [Pressemitteilung der ISL ist hier zu finden](#).
- **Sozialverband VdK Deutschland e. V. (VdK):**
 - Anlässlich der ersten Lesung zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) im Bundestag hat der VdK eine Pressemitteilung unter dem Titel „VdK-Appell an Bundestag: Barrierefreiheit sieht anders aus“ veröffentlicht. Sie [ist hier abrufbar](#).
 - Ein Jahr Koalition: Regierung darf nicht Steigbügelhalter für rechtspopulistische Kräfte sein. Auch dazu hat der VdK eine Pressemitteilung veröffentlicht. Sie kann [hier eingesehen werden](#).
 - Melanie Tietze-Ihle hat zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts Stellung bezogen. Diese Stellungnahme [ist hier abrufbar](#).
 - **Weibernetz e. V.:** Politik für Gleichberechtigung nicht mit Sparpaketen vereinbar, schreibt Weibernetz in einer Pressemitteilung. Sie [ist hier zu finden](#).

- **Wissenschaftlich-Medizinische Allianz für Rehabilitation (WMAR):** In einjähriger Expert*innenarbeit ist das Positionspapier „Medizinische Rehabilitation von Menschen mit vorbestehenden Beeinträchtigungen/ Behinderungen – Herausforderungen und Handlungsbedarfe“ entstanden. Das Dokument thematisiert aktuelle Herausforderungen sowie Handlungsbedarfe zum Abbau von Barrieren im Rehabilitationssystem. Das [Papier ist hier abrufbar](#).

Termine

- **EUCREA Verband Kunst und Behinderung e.V.:** Am **09. Juni 2026** findet eine Info-Veranstaltung zu ART-plus statt. Die Veranstaltung findet online statt und dauert etwa eine Stunde. Im Anschluss besteht die Möglichkeit, offene Fragen zu stellen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Ein [Anmeldeformular und Informationen gibt es hier](#).
- **Universität Leipzig - Medizinische Fakultät - Institut für Sozialmedizin, Arbeitsmedizin und Public Health (ISAP):** Das ISAP lädt zu einem Online-Vortrag mit dem Thema "Demenzprävention - ist das möglich?" ein. Die Veranstaltung findet am **10. Juni 2026** von 17:00 bis 18:30 Uhr statt. Hier findet sich [alles zur Anmeldung und zum Programm](#).
- **Bundesärztekammer:** Am **11. Juni 2026** lädt die Bundesärztekammer von 14.00 bis 16.00 Uhr zur kostenlosen Veranstaltung „Hitze, Sport und Gesundheit“ ein. Im Rahmen des 4. Hitzeaktionstags vermitteln Experten praxisnahe Präventionsmaßnahmen für Fachkräfte und Interessierte, um den wachsenden Gesundheitsrisiken der Klimakrise mit einer angepassten Sport- und Gesundheitskultur zu begegnen. [Hier gibt es mehr](#) Informationen und die Möglichkeit, sich anzumelden.
- **Deutsche UNESCO-Kommission (DUK):** Gemeinsam mit der Robert-Bosch-Stiftung lädt die DUK zur Online-Veranstaltung "Schrittweise inklusiver - Wie Schule und Kommune Inklusion gestalten" am **11. Juni 2026** von 14:30 bis 16:00 Uhr ein. Hier finden sich [alle relevanten Informationen zur Anmeldung und zum Programm](#).
- **Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev):** Der Verein bezev lädt zur Online-Veranstaltung zum Thema: „Wie können NGOs ihre Auslandsarbeit inklusiver gestalten?“ ein. Das Webinar möchte Ansätze, Praxisbeispiele und Austausch für und von zivilgesellschaftlichen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit diskutieren. [Hier geht es zur Anmeldung und Programminhalten](#).
- **Bezev und Konrad-Adenauer-Stiftung:** Zum **4. und 5. Juli 2026** lädt die bezev gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (KAS) zum Seminar „Menschen mit Behinderungen weltweit: Rechte, Ressourcen, Realitäten - Nach dem Global Disability Summit und vor der Post-2030-Agenda“ ein. Das Fachseminar findet in Präsenz im Veranstaltungsraum des Landesbüros NRW der Konrad-Adenauer-Stiftung an der Benrather Straße 11 in Düsseldorf statt. Der Anmeldeschluss ist der 15. Juni 2026. [Weitere Informationen zu Programm und Anmeldung gibt es hier](#).
- **PRO RETINA Deutschland e.V.:** Die Genetik eröffnet in der Medizin ganz neue Perspektiven. Menschen mit erblich bedingten Netzhauterkrankungen macht sie Hoffnung auf die Entwicklung von Therapien. Sie stehen im Zentrum des Patientensymposiums am **11. Juli 2026**, zu dem PRO RETINA Deutschland e. V. zusammen mit der Augenklinik des Universitätsklinikums Bonn einlädt. Weitere Informationen und die Pressemeldung dazu [finden sich hier](#).
- **BÜNDNIS 90/Die Grünen:** Die Vielfaltsreferentin Leonie Schütte von BÜNDNIS 90/ Die Grünen lädt zum dritten Vielfaltsempfang ein, auf dem ausgewählte Stimmen aus

Politik, Zivilgesellschaft, Medien, Kultur und digitaler Öffentlichkeit zusammenkommen werden, die dazu beitragen möchten, unsere Gesellschaft offener, gerechter und vielfältiger zu machen. Der Vielfaltsempfang findet am Freitag, **28. August 2026**, 12.00 bis 14.30 Uhr, im bUm – Raum für solidarisches Miteinander in Berlin statt (Adresse: Paul-Lincke-Ufer 21, 10999 Berlin). Zur Anmeldung [geht es hier](#).

- **Medizinischer Dienst Westfalen-Lippe Sozialmedizinische Expertengruppe "Arzneimittelversorgung" (SEG 6):** Der Medizinische Dienst Westfalen-Lippe lädt für den **16. September 2026** von 13:30 bis 17:45 Uhr zu einer Videokonferenz ein. [Hier gibt es weitere Informationen](#) zur Anmeldung, zu den Inhalten und zum Programm.
- **Bundesvereinigung Stottern & Selbsthilfe e.V. (BVSS):** Vom **1. bis 4. Oktober 2026** findet in Stralsund der 52. Kongress Stottern & Selbsthilfe statt. Die Veranstaltung bietet Betroffenen, Angehörigen und Fachleuten in 14 Arbeitskreisen Raum für Austausch und Praxis – unter anderem bei kreativen Angeboten oder einer thematischen Fahrradtour. Ein Schwerpunkt ist die Podiumsdiskussion „Stottern ohne Grenzen“ zum Vergleich der Selbsthilfe in Deutschland und Polen. Alle Details zu Programm und Anmeldung gibt es [auf der Kongresswebsite](#).
- **Deutsches Zentrum für Altersfragen/German Centre of Gerontology:** Das Deutsche Zentrum für Altersfragen lädt ein zur diesjährigen Netzwerktagung am **5. und 6. Oktober 2026**. Das diesjährige Motto lautet: „Nationale Demenzstrategie: Was wirkt – was zählt – was folgt?“. Die Veranstaltung findet in Präsenz im Tagungswerk Berlin Kreuzberg statt. [Hier finden sich alle Informationen](#) zum Programm und zur Anmeldung.
- **Deutsche Vereinigung für Rehabilitation e.V. (DVfR):** Die DVfR lädt am **16. November 2026** zur Online-Veranstaltung mit dem Titel „Inklusive Bildung gestalten: Professionen im Dialog“ ein. Eine Anmeldung ist bis zum 09.11.2026, 12 Uhr, [über das Anmeldeformular möglich](#). Die Zugangsdaten für die Zoom-Videokonferenz erhalten Teilnehmende kurz vor der Veranstaltung. Die Anmeldefrist für eine Dolmetschung in Deutsche Gebärdensprache und für Schriftdolmetschung endet am 23.10.2026, 12 Uhr.

Einladung zum Mitwirken

Einladung zur Mitwirkung an Detektiv- und Krimi-Trails

Die „MyCityHighlight Europe GmbH“ lädt zum Testen der Barrierefreiheit ihres Programms ein. Es geht um Angebote zu Detektiv-Trails (für Familien) sowie Krimi-Trails (für Jugendliche und Erwachsene) als interaktive Erlebnisse im öffentlichen Raum in ganz Deutschland und Österreich, bei denen Teilnehmende selbstständig Rätsel lösen und dabei Städte entdecken. „Wir erhalten wöchentlich Anfragen von Kund:innen zur Barrierefreiheit unserer Touren und können sie oft nicht befriedigend beantworten, da unsere innerstädtischen Angebote oft nicht ausreichend auf ihre tatsächliche 'Befahrbarkeit' hin geprüft sind – genau hier möchten wir ansetzen.“ Interessierte können sich [per E-Mail an Frau Tatiana Morlock](#) wenden.

Internationale Hochschule (IU) bittet um Unterstützung beim Projekt „Vielfalt in der Wissenschaft“

Die IU initiiert aktuell das wegweisende Projekt „Vielfalt in der Wissenschaft (VieW)“, das im Rahmen der BMBF-Förderlinie „Vielfalt verbindet“ praxisnahe Impulse für mehr Chancengerechtigkeit und inklusive Forschung entwickeln möchte. Im Fokus stehen dabei gerechtere Zugänge zum Studium sowie partizipative Forschungsansätze, die unsere gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln. Dafür werden aktuell Expert*innen und Akteure aus Wissenschaft und Gesellschaft im Raum Hamburg und Niedersachsen gesucht. Insbesondere Perspektiven aus den Bereichen Inklusion, Selbstvertretung sowie den Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung sollen aktiv eingebunden werden, um die Hochschulbildung der Zukunft inklusiver zu gestalten.

Interessierte wenden sich [per E-Mail an Prof.in Dr.in Okka Zimmermann](#).

Mithilfe bei Internationaler Case Study zu Inclusion und Accessibility in der Luftfahrt

Emma Ziegler von der Hochschule Neu-Ulm arbeitet an einer Studie zu Inklusion und Barrierefreiheit in der Luftfahrt. „Im Rahmen unserer Recherche möchten wir die Perspektiven und Erfahrungen von Menschen mit Einschränkungen im Zusammenhang mit Flugreisen und Barrierefreiheit besser verstehen.“ Interessierte können sich [per E-Mail an Frau Ziegler wenden](#).

Unterstützung bei Bachelorarbeit zu Inklusion bei Festivals

Maike Oelrich, Studentin an der Fachhochschule Westküste in Heide, untersucht im Rahmen ihrer Bachelorarbeit Inklusion von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen im Festivalbereich. Ziel ist, bestehende Barrieren aufzudecken und konkrete Lösungen für bessere Teilhabe zu finden. Dafür braucht sie Unterstützung. Die Teilnahme an der anonymen Umfrage dauert etwa 5 Minuten und [ist hier möglich](#).

Mithilfe bei Bachelorarbeit zu Katastrophenvorsorge

Katja Stein studiert Management in der Gefahrenabwehr (B.Sc.) an der FOM-Hochschule und schreibt derzeit ihre Bachelorarbeit zum Thema „Überhört, übersehen, ausgeschlossen? - Analyse der Katastrophenvorsorge für blinde und gehörlose Menschen in Deutschland.“ Im Mittelpunkt steht die Frage, inwieweit Menschen mit Seh- oder Hörbehinderung im deutschen Bevölkerungsschutz ausreichend berücksichtigt werden und welche strukturellen, technischen und rechtlichen Barrieren einer inklusiven Katastrophenvorsorge entgegenstehen. Adressiert werden dabei alle in Betracht kommenden Beeinträchtigungen sowie auch chronisch kranke Menschen. Dafür bittet sie um Mithilfe. Interessierte können sich [per E-Mail an sie wenden](#).

Sonstiges

Barrierefreies KI-Portal – auch in Leichter Sprache

Mit dem kostenlosen Portal [basiswissen-ki.de](#) bietet der Software-Architekt Michael Überschär eine verständliche Einführung in die Künstliche Intelligenz (KI). Die Seite ist speziell auf Barrierefreiheit ausgelegt: Sie ist für Screenreader optimiert und lässt sich vollständig in Leichte Sprache umschalten. In rund 100 Artikeln wird fundiertes Basiswissen ohne technische Hürden vermittelt. Ein hilfreiches, rein ehrenamtliches Angebot für alle, die sich unabhängig und unkompliziert weiterbilden möchten.

„Donald Duck für alle“ – Comics in Leichter Sprache erschienen

Ab sofort gibt es den zweiten Band von Donald Duck in Leichter Sprache. Das Buch mit vier neuen Geschichten heißt „Hier kommt Donald!“ und macht Comics für noch mehr Menschen verständlich und zugänglich. Der erste Band von Donald Duck in Leichter Sprache war im vergangenen Jahr sehr erfolgreich und hat viel Aufmerksamkeit bekommen. Deshalb stand schnell fest: Die Comicreihe soll fortgesetzt werden. Die [Pressemitteilung der Lebenshilfe dazu ist hier abrufbar](#). Dort findet sich auch ein Link zum Online-Shop.

Film „Verflucht normal“ zu Tourette-Syndrom ist in den Kinos

Der Film "Verflucht normal" erzählt die Geschichte vom echten John Davidson nach, einem Mann mit Tourette-Syndrom. Regisseur Kirk Jones erzählt mit viel Humor und großer Wärme davon, wie John trotz Ausgrenzung und mangelndem Verständnis aufgrund seiner Tourette-Erkrankung seinen Weg findet und zur Inspiration für andere wird. Der Film ist seit 28. Mai auch in deutschen Kinos zu sehen. Die In der nächsten Woche (ab 28. Mai 2026) kommt der Film auch in die deutschen Kinos.

Wanderausstellung „gleich gerecht?! – Inklusive Arbeit = menschenwürdig leben“

Unter dem Motto „gleich gerecht?! – Inklusive Arbeit = menschenwürdig leben“ findet eine Wanderausstellung zur Lebens- und Arbeitssituation von Menschen mit Behinderung im Globalen Süden statt. Mit klaren Zahlen und Fakten, persönlichen Einblicken und konkreten Beispielen vermittelt die Ausstellung, wie eng Armut, Behinderung und fehlender Zugang zu Arbeit zusammenhängen, welche Rechte Menschen mit Behinderungen haben, welche internationalen Vereinbarungen es gibt und was Regierungen, Unternehmen und die Gesellschaft konkret tun können, um inklusive Arbeit zu fördern.

Gleichzeitig wird deutlich: Diese Themen betreffen nicht nur den Globalen Süden – sondern stehen in engem Zusammenhang mit globalen wirtschaftlichen Strukturen und unserem eigenen Handeln. [Hier gibt es mehr Infos](#) zur Wanderausstellung.

Neue Folge von „Low Vision Stories“: Zwischen Social Media und Siebträger

In der neuesten Folge des Reportage-Podcasts des DBSV sind Christian Balbach und Leonie Koll zu Besuch bei Nikolaos Rizidis. Auf Instagram und TikTok folgen ihm zehntausende Menschen. Dort zeigt er humorvoll und direkt seinen Alltag als blinder Mann und möchte damit „Brücken in die Gesellschaft“ bauen sowie Menschen für Inklusion sensibilisieren. Der [Podcast ist hier abrufbar](#).

Deutscher Behindertenrat (DBR)

c/o BAG SELBSTHILFE
Mariendorfer Damm 159
12107 Berlin

Telefon: +49 (0) 211 31006 - 54/55

Fax.: +49 (0) 211 31006 - 66

E-Mail: info@deutscher-behindertenrat.de

Webseite: www.deutscher-behindertenrat.de

Hinweis: Der DBR-Newsletter enthält oder verlinkt auf Informationen und Inhalte von Dritten. Diese haben wir nicht auf Barrierefreiheit geprüft.

[Vom DBR-Newsletter abmelden](#)